Briefing aus Bern

Gewalt gegen Frauen nimmt zu, die Schweiz verärgert China und Bern reagiert auf Impfausweis-Pleite

Das Wichtigste in Kürze aus dem Bundeshaus (139).

Von Philipp Albrecht, Dennis Bühler, Carlos Hanimann und Cinzia Venafro, 25.03.2021

Beobachter sprechen von einem Wunder, das Bundesrat Ignazio Cassis benötige. Ohne übernatürliche Hilfe scheint sein wichtigstes aussenpolitisches Dossier, das institutionelle Rahmenabkommen mit der EU, nicht mehr zu retten.

Dabei war der Tessiner topmotiviert, als er das Dossier von seinem Vorgänger Didier Burkhalter übernahm. Von einem «Reset-Knopf», den es zu finden gelte, sprach Cassis im Sommer 2017.

Er suchte und suchte. Vergangenen Herbst opferte er seinen Unterhändler und schickte mit der Staatssekretärin Livia Leu eine neue Schmiedin nach Brüssel, um das mittlerweile glühende Eisen endlich aus dem Feuer zu holen.

Leu sollte in drei strittigen Punkten – Lohnschutz, Unionsbürgerrichtlinie und staatliche Beihilfen – die EU zum Entgegenkommen bewegen. Doch allem Anschein nach macht die EU nicht mit, sondern besteht auf dem bereits ausgehandelten Vertragsentwurf.

Dieser wird innenpolitisch jedoch von so vielen Seiten bekämpft, dass der Bundesrat laut «SonntagsBlick» an einer Beerdigungsstrategie arbeitet. «Wenn die Regierung heute entscheiden müsste, dann würde sie aufgeben», so ein nicht namentlich genanntes Regierungsmitglied: «Die Positionen liegen zu weit auseinander.»

Sicher ist: Wenn der Bundesrat die Forderungen der Sozialpartner in Brüssel nicht durchboxen kann, wird auch Karin Keller-Sutter nicht für den

Vertragsentwurf zu gewinnen sein. Beim Lohnschutz und bei der Unionsbürgerrichtlinie argumentiert die Freisinnige fast schon wie eine Gewerkschafterin.

Und nun, alles zurück auf Anfang? Im Parlament jedenfalls ist ein Manöver gescheitert, das dem Rahmenabkommen neue Lebenskraft einhauchen wollte: So lehnt es die Aussenpolitische Kommission (APK) ab, beim Rahmenabkommen das letzte Wort zu haben. Gefordert hatten das die Grünliberalen. Doch die anderen Parteien wollen verhindern, dass das Rahmenabkommen vor den nationalen Wahlen im Herbst 2023 zur Abstimmung kommt.

Derweil reist Livia Leu weiterhin nach Brüssel, fünfmal schon sass sie dort zu technischen Verhandlungen am Tisch und kehrte ohne Ergebnisse nach Bern zurück. Cassis stemmt sich dennoch gegen das Scheitern. Er werde «selber mit den Gesprächspartnern der Europäischen Union sprechen, sobald diese Zeit gekommen ist», lässt er verlauten.

Vielleicht kommt ja tatsächlich die Zeit für ein Wunder in Brüssel. Und damit zum Briefing.

Gewalt gegen Frauen nimmt zu

Worum es geht: Was am Anfang der Pandemie befürchtet wurde, bestätigen nun die Zahlen des Jahresberichts zur Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2020: Seit Corona häuft sich in der Schweiz die häusliche Gewalt. So gab es 2019 total 19'669 Straftaten im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt, im Corona-Jahr 2020 wurden 20'123 Fälle registriert. Dies entspricht einer Zunahme um rund 2 Prozent. Auch Morde an Frauen nehmen weltweit zu: So spricht die Uno in einem Bericht von einer «Pandemie der Femizide und der Gewalt gegen Frauen».

Warum Sie das wissen müssen: Eine Zunahme von 2 Prozent klingt nach wenig, doch hinter den nackten Zahlen verbergen sich Einzelschicksale. So musste allein im Kanton Zürich die Polizei 18-mal pro Tag wegen häuslicher Gewalt ausrücken. Im Vorjahr waren es noch 15-mal. Und oft kommt die Polizei zu spät. Seit Anfang dieses Jahres hat die Organisation «Stop Femizid» 10 Fälle registriert, bei denen Frauen von ihren Partnern oder Ex-Partnern getötet wurden.

Wie es weitergeht: Die Politik muss handeln. SP-Nationalrätin Tamara Funiciello fordert mehr Mittel für Opferhilfestellen: «Eine Frau, die am Freitagabend von ihrem Partner geschlagen wird, muss beispielsweise in Bern bis zum Montag warten, bis sie sich irgendwo melden kann.» SVP-Nationalrätin Yvette Estermann hingegen findet, die häusliche Gewalt würde von allein zurückgehen, wenn der Lockdown beendet würde. Mitte-Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach verlangt weitere Zahlen: Sie fordert mit einem Vorstoss vom Bundesrat eine Statistik über Kinder, die Zeugen von häuslicher Gewalt sind.

Bund weist Verantwortung für Datenleck bei Impfplattform zurück

Darum geht es: Die Impfplattform Meineimpfungen.ch, die von einer Stiftung betrieben wird und vom Bund bisher mit über 2 Millionen Franken unterstützt wurde, weist derart gravierende Sicherheits- und Datenschutzmängel auf, dass sie vom Netz genommen werden musste. Recherchen der Republik hatten ergeben, dass die Impfdaten von 450'000 Personen, dar-

unter 240'000 Covid-19-Geimpfte, offen zugänglich und manipulierbar waren. Der Schweizer Datenschützer leitete gegen die Betreiber ein Verfahren ein.

Warum das wichtig ist: Um bald wieder frei reisen zu können, wird es einen Immunitätsnachweis brauchen. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) favorisierte Meineimpfungen.ch als Anbieter für einen digitalen Impfausweis, der fälschungssicher und international anerkannt ist. Dieser Plan hat sich jetzt zerschlagen. Weder IT-Expertinnen und Politiker noch der Datenschützer rechnen damit, dass die Plattform je wieder online gehen kann. Obwohl die Gesundheitsbehörden aktiv empfohlen hatten, sich auf der Plattform zu registrieren, wies BAG-Direktorin Anne Lévy gestern an einer Medienkonferenz jede Verantwortung von sich: «Es ist eine private Stiftung, die wir mitfinanziert haben. Ich glaube, es ist klar, wo die Verantwortung liegt.» Pikant: Virginie Masserey, Leiterin Sektion Infektionskontrolle beim BAG, sass seit neuestem im Stiftungsrat der Plattform und tritt nun zurück.

Was als Nächstes geschieht: Das Datenleck ist ein weiteres digitales Debakel im Schweizer Gesundheitssystem. Entsprechend gross ist die Verärgerung in der Politik. Von einem «Rumbasteln» sprach Grünen-Chef Balthasar Glättli. Es brauche jetzt rasch einen strategischen Entscheid zur Rolle der Plattform beim geplanten Impfpass, verlangt die Konferenz der Gesundheitsdirektoren. Die Stiftung für Konsumentenschutz fordert, dass die Plattform «sofort und auf Dauer gestoppt wird». Im BAG scheint man keine Alternative zur bisher favorisierten Lösung zu haben – und die Reisezeit rückt näher. Der Kanton Bern brachte die Impfdatenbanken der Kantone als Möglichkeit ins Spiel.

So will das Parlament die Pflegeinitiative bekämpfen

Worum es geht: Das Parlament hat einen indirekten Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative ausgearbeitet. Kern der Gesetzesänderung ist eine Ausbildungsoffensive für rund 469 Millionen Franken. Die Kantone sollen damit verpflichtet werden, angehenden Pflegefachkräften Beiträge an die Lebenshaltungskosten zu bezahlen. Der tiefe Ausbildungslohn hält viele davon ab, einen Pflegeberuf zu wählen.

Warum Sie das wissen müssen: Die Pflegeinitiative selbst wird vom Parlament wie auch vom Bundesrat abgelehnt. Lanciert wurde sie vom Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK). Im Kern fordert sie, dass Bund und Kantone die Pflege als fundamentalen Bestandteil der Gesundheitsversorgung ansehen. Zudem sollen Pflegefachleute einzelne Leistungen selbst abrechnen können. Doch genau dies ist einer der grössten Streitpunkte: Im Parlament brauchte es eine Einigungskonferenz, um sich auf diesen indirekten Gegenvorschlag verständigen zu können.

Wie es weitergeht: Bis 2030 benötigt die Schweiz 65'000 zusätzliche Pflegefachleute. Im ersten Shutdown klatschte die Schweiz für jene, die heute täglich an den Betten stehen. Die Initiantinnen sehen den indirekten Gegenvorschlag als «Teilerfolg», im Juni wollen sie entscheiden, ob sie die Pflegeinitiative zurückziehen. Zuvor wird der Ständerat in der Sommersession über die Pflegeinitiative selbst beraten.

Der Bundesrat verschärft den Ton gegenüber China – Botschafter reagiert pikiert

Worum es geht: Am Freitag hat Aussenminister Ignazio Cassis die neue Chinastrategie des Bundesrats vorgestellt. Darin gibt es deutlichere Kritik als bisher, doch ist diese weiterhin relativ zurückhaltend formuliert. Dennoch hat der chinesische Botschafter in Bern undiplomatisch reagiert: Die Strategie beinhalte «unbegründete Anschuldigungen und Angriffe auf das politische System, die Minderheitenpolitik sowie die Menschenrechtslage Chinas», sagte Wang Shihting.

Warum Sie das wissen müssen: Nachdem der neue US-Präsident Joe Biden den Tonfall gegenüber China verschärft hat, steuern die beiden Grossmächte auf eine Konfrontation zu; zudem hat die EU am Montag erstmals seit dem Tiananmen-Massaker im Oktober 1989 Strafmassnahmen gegen China erlassen (mehr dazu morgen Freitag im Format «Was diese Woche wichtig war»). Der Bundesrat setze gegenüber Peking weiterhin auf einen «konstruktiv-kritischen» Dialog, sagte Cassis vor den Medien. Die Schweiz befindet sich in einem Zielkonflikt: Einerseits will sie den Marktzugang zu ihrem drittgrössten Handelspartner China – der seit 2014 durch ein Freihandelsabkommen erleichtert ist – nicht gefährden, andererseits möchte sie die eigenen Werte selbstbewusster vertreten. Denn die jahrzehntelang verfolgte Hoffnung «Wandel durch Handel» hat sich weitgehend zerschlagen.

Wie es weitergeht: In den nächsten Wochen muss der Bundesrat entscheiden, ob sich die Schweiz den von der EU beschlossenen Sanktionen anschliesst – das fordern nicht mehr nur linke Politiker, sondern auch bürgerliche. Breiter Konsens ist, dass zumindest alles getan werden soll, damit die Sanktionen nicht via Schweiz umgangen werden. Solche «Sanktionen light» wählte der Bundesrat 2014, als die EU wegen der Annexion der Krim Massnahmen gegen Russland ergriff.

Parlament zieht dem «Gegenvorschlag» zu Pestizidverbots- und Trinkwasserinitiative die meisten Zähne

Worum es geht: Am 13. Juni entscheidet die Stimmbevölkerung gleich über zwei Volksinitiativen, die der Landwirtschaft Schranken auferlegen möchten: die Pestizidverbots- und die Trinkwasserinitiative. Um den Initiativen den Wind aus den Segeln zu nehmen, haben National- und Ständerat letzte Woche neue Bestimmungen verabschiedet.

Warum Sie das wissen müssen: Die Pestizidverbotsinitiative will, dass in der Schweiz keine synthetischen Pestizide mehr eingesetzt und keine Lebensmittel mehr importiert werden, die mit synthetischen Pestiziden produziert wurden; die Trinkwasserinitiative verlangt, dass Landwirtinnen nur dann Direktzahlungen erhalten, wenn sie ihre Tiere mit selber produziertem Futter ernähren, ihnen weder vorbeugend noch regelmässig Antibiotika verabreichen und wenn ihre Betriebe keine Pestizide einsetzen. Neben dem Parlament lehnt auch der Bundesrat die Begehren ab, wie er am Dienstag erneut bekräftigte. Als Alternative setzt die bürgerliche Mehrheit auf Bestimmungen, die auf die ständerätliche Wirtschaftskommission zurückgehen und die das Parlament vergangene Woche verabschiedet hat (auch wenn es sich formell nicht um einen indirekten Gegenvorschlag zu den beiden Initiativen handelt). Allerdings haben National- und Ständerat dabei entgegen dem Willen von SP, Grünen und Grünliberalen auf konkrete

Reduktionsziele verzichtet. Damit haben sich erneut die im Bauernverband zusammengeschlossenen Industriebäuerinnen durchgesetzt, nachdem das Parlament zuvor bereits die Agrarreform 22+ sistiert hatte, mit welcher der Bundesrat den ökologischen Fussabdruck in der Landwirtschaft reduzieren wollte.

Wie es weitergeht: Der Abstimmungskampf dürfte hitzig werden. Viele Beobachterinnen glauben, der Bauernverband habe zuletzt bloss Pyrrhussiege errungen – sie attestieren der Pestizidverbotsinitiative intakte und der Trinkwasserinitiative gar gute Chancen.

Neue Strafprozessordnung auf Kurs

Worum es geht: Der Nationalrat hat die Revision der Strafprozessordnung mit 139 zu 54 Stimmen gutgeheissen. Er will aber im Gegensatz zum Bundesrat die Teilnahmerechte im Strafverfahren nicht einschränken. Der Bundesrat will, dass Beschuldigte nur noch an Beweiserhebungen teilnehmen dürfen, wenn sie sich selber «einlässlich» geäussert haben. Kritikerinnen fürchten damit eine Aushebelung der Grundrechte.

Warum Sie das wissen müssen: Eine einheitliche, nationale Strafprozessordnung gibt es erst seit 10 Jahren. Seither haben die Staatsanwaltschaften mehr Kompetenzen und mehr Macht, sie können die Verfahren effizienter abschliessen. Sie müssen aber auch nach belastenden und entlastenden Beweisen suchen. Rund 95 Prozent der Fälle erledigen sie mit Strafbefehlen, das heisst, sie untersuchen und urteilen selbst. Im Gegenzug wurden auch die Rechte der Verteidigung gestärkt, unter anderem mit dem Teilnahmerecht der Parteien im gesamten Verfahren. Konkret: Die Anwältin eines Beschuldigten kann bei Einvernahmen (von Zeugen oder Mitbeschuldigten) anwesend sein und Fragen stellen. Das missfällt den Staatsanwaltschaften: Es erschwere die Beweisführung und vereitle im schlimmsten Fall sogar die Überführung von Tätern. Die Verteidiger wiederum fürchten, dass mit der vom Bundesrat vorgeschlagenen Einschränkung der Teilnahmerechte das Recht auf Aussageverweigerung faktisch ausgehebelt würde.

Wie es weitergeht: Die Vorlage kommt nun in den Ständerat.

«Bad cop» Mark Branson verlässt die Finma

Worum es geht: Mark Branson, Direktor der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (Finma), hat gekündigt. Der deutsche Finanzminister und Kanzlerkandidat Olaf Scholz will ihn an die Spitze der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) setzen, die wegen des Wirecard-Skandals in einer tiefen Krise steckt.

Warum Sie das wissen müssen: Es kommt selten vor, dass Schweizer Spitzenbeamte vom Ausland abgeworben werden. Mark Branson, 52, gebürtiger Brite und eingebürgerter Schweizer, soll die Bafin, die fünfmal mehr Personal beschäftigt als die Finma, zu einer effizienteren Eingreiftruppe umformen. Dass er dazu fähig ist, hat Branson in den letzten sieben Jahren als Finma-Direktor gezeigt. In der Schweizer Bankenbranche gilt der Ex-UBS-Mann als *bad cop* mit einer unerhörten Machtfülle. «Niemand kontrolliert ihn wirklich, und fast alle regen sich über ihn auf», schrieb die «Bilanz» 2017. Er legte sich insbesondere mit den Grossen an: UBS und CS zwang er, ihre Reserven zu vergrössern und das Schweiz-Geschäft rechtlich abzuspalten, während er der Raiffeisen verbot, die Vergaberegeln für Hypotheken zu lockern. Das Ziel dahinter war, der Regierung und der Be-

völkerung die Angst vor *too big to fail* zu nehmen. Mit dem Entzug der Lizenz der Tessiner BSI-Bank im Zusammenhang mit dem Skandal um den malaysischen Staatsfonds 1MDB zwang er schliesslich jene in die Knie, die das Ende des Schwarzgeld-und-Geldwäscherei-Zeitalters in der Schweizer Bankenwelt bis zum Schluss nicht einsehen wollten.

Wie es weitergeht: Spätestens am 1. August wird Branson in Frankfurt loslegen. In Bern wird er vorerst von Jan Blöchliger ersetzt. Der 43-jährige Jurist arbeitet seit 2011 bei der Finma und verantwortete zuletzt die Aufsicht der Banken. Ob er bleiben darf, ist offen.

Rückzug der Woche

Sie siegte im Herbst 2019 bei einer Kampfwahl und zog in den Ständerat ein. Und als Mitte-Frau Andrea Gmür auch noch zur Fraktionschefin der neu formierten «Die Mitte» ernannt wurde, sah man in der Luzerner Gymnasiallehrerin bereits die neue grosse Mehrheitsmacherin unter der Bundeshauskuppel. Doch nur ein Jahr nachdem sie die Captain-Binde übernommen hat, tritt sie schon wieder zurück. Sie könne das Ständeratsamt nicht länger mit jenem der Fraktionschefin verbinden, sagt Gmür. In der jüngsten Vergangenheit konnte sie allerdings vor allem eines nicht: ihre Fraktionsmitglieder auf Linie trimmen. Beim Covid-Gesetz stimmte die Mitte mal so, mal so – selten jedoch auf der Linie, die Gmür vorgegeben hatte. Und so wurde im Bundeshaus über einen Machtkampf getuschelt, den Gmür gegen Alphatier und Parteipräsident Gerhard Pfister verloren habe. Dieser kommentiert den Abschied Gmürs nur mit dem Nötigsten an Diplomatie: «Gerade zu Beginn einer neuen Legislatur und insbesondere während der Corona-Krise war die Ausübung dieses Amtes speziell herausfordernd.» Im Juni will die Mitte-Fraktion eine neue Dompteurin oder einen neuen Dompteur bestimmen. Wir sind gespannt, wer sich dann in die Höhle des Löwen begibt – oder sich von Alpha-Pfister verscheuchen lässt.

Illustration: Till Lauer